



Newsletter

Nr. 37/2026



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

der Besuch von US-Präsident Trump in China, gefolgt vom Treffen Xi Jinpings mit Wladimir Putin, zeigt erneut, wie dynamisch die internationale Ordnung geworden ist. Machtverhältnisse verändern sich und haben aufgrund der globalen Vernetzung unserer Welt direkte Folgen – für uns in Deutschland, aber auch für die Lage um Taiwan, für die Entwicklung im Iran oder für den Krieg in der Ukraine.

Vor diesem Hintergrund gilt eine einfache Wahrheit: Deutschlands Einfluss in der Welt misst sich an seiner wirtschaftlichen Stärke. Eine Begegnung auf Augenhöhe hängt dabei maßgeblich von Wachstum, Innovationskraft und Bruttoinlandsprodukt ab. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Lage derzeit die größte Sorge hierzulande.

Deshalb müssen wir Deutschland wieder auf Wachstumskurs bringen. Nicht durch immer neue Schulden, sondern durch tiefgreifende Reformen. Ein solcher Reformkurs liegt auf dem Tisch: stabile Beiträge in Gesundheit und Pflege, ein konsolidierter Haushalt, eine spürbare Steuerentlastung, weniger Bürokratie und eine Rente, die auch kommenden Generationen Sicherheit bietet.

Wer will, dass Deutschland in einer sich wandelnden Welt nicht nur reagiert, sondern gestaltet, muss jetzt den Mut zu Veränderungen aufbringen. Wachstum ist kein Selbstzweck – es ist die Voraussetzung dafür, dass wir unseren Wohlstand sichern und international gehört werden.

Ein gesegnetes Pfingstfest und viel Spaß beim Lesen!

Jane
Nina Warken

Ein Jahr unionsgeführte Bundesregierung

Vor einem Jahr hat die Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Auch für mich persönlich war es ein besonderes: Die ersten zwölf Monate als Bundesministerin für Gesundheit waren intensiv und ereignisreich. Trotz herausfordernder nationaler und internationaler Rahmenbedingungen konnten wir in diesem ersten Jahr viel erreichen. Wir haben wichtige Veränderungen angestoßen und zentrale Reformen auf den Weg gebracht.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir haben die Energiepolitik neu ausgerichtet, die irreguläre Migration begrenzt, das Bürgergeld abgeschafft und die Bundeswehr gestärkt. Wir investieren massiv in Straßen, Brücken und Schienen und sorgen für mehr Sicherheit auf der Straße, im Netz und zu Hause. 141 verabschiedete Gesetze in einem Jahr zeigen: Diese Koalition debattiert nicht nur – sie entscheidet und liefert.

Gleichzeitig wissen wir, dass trotz aller Erfolge noch viel Arbeit vor uns liegt. Unser Reformfahrplan steht: Mit Gesundheit und Pflege, Haushalt, Steuerreform und Rentenreform gehen wir die Herausforderungen entschlossen an. Zusammengenommen ergibt sich daraus eine große Reformagenda mit dem Ziel, die Menschen spürbar zu entlasten und den Grundstein für erfolgreiche Jahre zu legen.

Die internationale Lage bleibt volatil. Gerade im Verhältnis zu den USA erleben wir derzeit Unsicherheiten – etwa durch angekündigte Zölle auf Autos und LKW oder Diskussionen über einen möglichen Abzug von US-Truppen aus Deutschland. Zugleich gibt es positive Signale wie etwa der Start des EU-Mercosur-Abkommens zum 1. Mai. Nach einem leichten Wachstum von 0,3 Prozent im ersten Quartal steht die Konjunktur zwar weiter unter Druck, doch unsere Botschaft an die Menschen ist eindeutig: Wenn wir jetzt gemeinsam anpacken, wird es allen wieder besser gehen.

Hier geht's zur Bilanzbroschüre: <https://www.cducusu.de/sites/default/files/2026-05/cducusu-bilanzbroschuere-mai2026-web-klein.pdf>

Beschleunigte Vergabe öffentlicher Aufträge

Mit der Verabschiedung des Vergabebeschleunigungsgesetzes vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen wir die öffentliche Beschaffung. Damit entlasten wir die Vergabestellen von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Wirtschaft von Bürokratie. Die dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, gerade auch durch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz finanziert, können nun schneller umgesetzt werden. Ebenso werden Maßnahmen ergriffen, um die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen am öffentlichen Auftragswesen zu stärken sowie die noch zu geringen Teilnahmemöglichkeiten von Start-ups und Unternehmen mit innovativen Angeboten zu erhöhen. Mit dem Gesetz stärken wir die Wirtschaft und entlasten sie von Bürokratie, insbesondere durch digitale Nachweismöglichkeiten und die Stärkung des Once-Only-Prinzips. Zudem steigern wir die digitale Souveränität bei der Beschaffung und verbessern somit auch die deutsche und europäische Sicherheitsstruktur.

E-Auto-Förderung: Bis zu 6.000 Euro Zuschuss beantragen



Bildquelle: CDU Deutschlands, Marcel Schlegelmilch

Ab dem 19. Mai 2026 können Bürgerinnen und Bürger Anträge für das neue Förderprogramm zur Stärkung der klimafreundlichen Mobilität stellen. Ich freue mich sehr, dass das Förderprogramm nun an den Start geht. Damit setzen wir einen weiteren wichtigen Meilenstein für den Hochlauf der Elektromobilität in Deutschland um. Besonders Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen erhalten damit eine echte Chance, auf ein klimafreundliches Fahrzeug umzusteigen. Gleichzeitig geben wir einen wichtigen industriepolitischen Impuls für den Automobilstandort Deutschland.

Über das Portal des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle können Privatpersonen, die sich für ein neues E-Auto oder ein Plug-in-Hybrid-Fahrzeug entscheiden, eine Förderung zwischen 1.500 und 6.000 Euro erhalten. Die Förderung gilt auch rückwirkend für Fahrzeuge, die seit dem 1. Januar 2026 erstmals zugelassen wurden. Mit einem Fördervolumen von drei Milliarden Euro können in den kommenden drei bis vier Jahren voraussichtlich rund 800.000 Fahrzeuge unterstützt werden. Die Förderung ist sozial gestaffelt und gilt auch für Leasingfahrzeuge.

Das digitale Antragsverfahren ist erreichbar unter: <https://foerderzentrale.gov.de>

Weitere Informationen zu Förderbedingungen und Verfahren stellt das Bundesumweltministerium in den FAQ bereit: <https://www.bundesumweltministerium.de/foerderung/fragen-und-antworten-zur-e-auto-foerderung>

Reduzierung der Energiesteuer. Wir entlasten an der Zapfsäule.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Um die Beschlüsse des Koalitionsausschusses zügig auf den Weg zu bringen, haben wir in nur zwei Sitzungswochen das Zweite Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes beschlossen. Auch der Bundesrat hat in einer Sondersitzung dem Vorhaben zugestimmt. Durch eine temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe sollen die Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft kurzfristig abgedefert werden.

Konkret werden die Energiesteuersätze für Diesel, Benzin und steuerlich gleichgestellte Kraftstoffäquivalente wie HVO 100 für zwei Monate um jeweils 14,04 Cent je Liter gesenkt. Einschließlich des entsprechenden Umsatzsteueranteils ergibt sich eine Entlastung von rund 17 Cent pro Liter. Insgesamt bedeutet dies eine Entlastung von etwa 1,6 Milliarden Euro für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen.

Die Maßnahme wirkt unbürokratisch und kommt Wirtschaft wie Bevölkerung gleichermaßen zugute.

Angesichts der weiterhin angespannten Lage rund um die Straße von Hormus ist diese breite finanzielle Entlastung der zweite wichtige Schritt in dieser Situation. Zuvor hatten wir bereits das Kartellrecht verschärft – unter anderem durch eine Beweislastumkehr, die es dem Bundeskartellamt erleichtert, Preise und Gewinne zu prüfen. Mit dem sogenannten österreichischen Modell, das Tankstellen nur noch eine einmalige Preiserhöhung pro Tag erlaubt, haben wir zudem mehr Markttransparenz geschaffen.

Ein Blick hinter die Kulissen in meinem Bundestagsbüro



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Büro Warken

Im vergangenen Monat durften zwei Schülerpraktikanten aus meinem Wahlkreis Bundestagsluft schnuppern. Zum einen hat mich Jonas-Benedikt Morian aus Tauberbischofsheim in meinem Abgeordnetenbüro unterstützt. Von der Vorbereitung parlamentarischer Termine über Recherchen zu aktuellen Themen bis hin zur Begleitung zu Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen sowie Pressekonferenzen erhielt der 18-jährige Schüler einen umfassenden Einblick in die Abläufe des Bundestags.

In der folgenden Woche hat mich Vianne Steier aus Hardheim in Berlin begleitet. Die Schülerin des Burghardt-Gymnasiums in Buchen absolvierte ihr einwöchiges BOGY-Praktikum in meinem Abgeordnetenbüro und konnte dabei vielfältige Eindrücke aus dem parlamentarischen Alltag sammeln.

Vielen Dank für euren Einsatz – und viel Erfolg für alles, was vor euch liegt!



Berlin / Baden-Württemberg

Wir stärken den Luftverkehrsstandort Deutschland



Wir haben in dieser Woche in 2./3. Lesung die Absenkung der Luftverkehrsteuer (Zweites Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes) beschlossen und senden dadurch ein wichtiges Signal für den Luftverkehrsstandort Deutschland. Damit nehmen wir die Erhöhung durch die Ampel-Regierung zurück und senken die Luftverkehrsteuer wieder auf das gesetzliche Niveau von vor der Anhebung zum 1. Mai 2024.

Gerade mit Blick auf die fortdauernde Schließung der Straße von Hormus können dadurch Belastungen durch gestiegene Kosten abgefedert und weiter steigende Ticketpreise vermieden werden.

Bildquelle: CDU Deutschlands, Dirk Reitze

Präventiver Opferschutz: Einführung der elektronischen Fußfessel



Mit der Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz schufen wir in der vergangenen Sitzungswoche einen klaren rechtlichen Rahmen für präventiven Opferschutz. Die elektronische Fußfessel ermöglicht es, Annäherungsverbote wirksam zu überwachen und Verstöße frühzeitig zu verhindern. So stärken wir den Schutz von Betroffenen konkret und verlagern die Verantwortung dorthin, wo sie hingehört – zu den Tätern.

Das Gesetz verbindet klare Eingriffsbefugnisse mit rechtsstaatlichen Garantien und setzt auf moderne Technik zur Gefahrenabwehr. Ziel ist ein wirksamer, durchsetzbarer Gewaltschutz, der nicht erst greift, wenn es zu spät ist.

Bildquelle: CDU Deutschlands, Christiane Lang

Ein Blick nach Baden-Württemberg



In der vergangenen Woche hat die neue Landesregierung aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg ihre Arbeit aufgenommen. In den kommenden fünf Jahren will sie den Fokus besonders auf die Stärkung der Wirtschaft legen. Ziel ist es, den industriellen Kern des Landes zu erhalten sowie Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Denn gerade angesichts globaler Krisen und der Absatzflaute in der Automobilindustrie steht der exportorientierte Standort Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen.

Die Rahmenbedingungen für Unternehmen und den Mittelstand sollen verbessert, die digitale Infrastruktur ausgebaut und bürokratische Hürden abgebaut werden. Gleichzeitig sollen Innovationen und Investitionen gezielt gefördert werden. Ein zentraler Baustein ist die High-Tech-Strategie, mit der Robotik und Künstliche Intelligenz im Land weiter vorangebracht werden sollen. Ein Zukunftsfonds Baden-Württemberg soll Neugründungen und Start-ups finanziell unterstützen.

Bildquelle: Marcel Ditrich

Ein besonders wichtiges Vorhaben betrifft außerdem die Bildungspolitik: Geplant ist ein verbindliches und kostenfreies letztes Kindergartenjahr mit klar definierten Bildungsinhalten. Dafür wird die Schulpflicht ausgeweitet. Durch gezielte Sprachförderung sollen Kinder besser auf den Start in die erste Klasse vorbereitet werden. Zudem setzt die Regierung auf mehr Praxisbezug im Unterricht und möchte Berufe mit großem Fachkräftemangel – etwa im Handwerk sowie in der Kinder- und Altenpflege – gezielt stärken. Eine moderne und leistungsfähige Bildungslandschaft gilt als entscheidend für Wachstum und Wohlstand. Innovative Schulen, starke Hochschulen und exzellente Forschungseinrichtungen bilden die Grundlage für Fortschritte, die Baden-Württemberg weiter nach vorne bringen.

Ein besonders wichtiges Vorhaben betrifft außerdem die Bildungspolitik: Geplant ist ein verbindliches und kostenfreies letztes Kindergartenjahr mit klar definierten Bildungsinhalten. Dafür wird die Schulpflicht ausgeweitet. Durch gezielte Sprachförderung sollen Kinder besser auf den Start in die erste Klasse vorbereitet werden. Zudem setzt die Regierung auf mehr Praxisbezug im Unterricht und möchte Berufe mit großem Fachkräftemangel – etwa im Handwerk sowie in der Kinder- und Altenpflege – gezielt stärken. Eine moderne und leistungsfähige Bildungslandschaft gilt als entscheidend für Wachstum und Wohlstand. Innovative Schulen, starke Hochschulen und exzellente Forschungseinrichtungen bilden die Grundlage für Fortschritte, die Baden-Württemberg weiter nach vorne bringen.



746.199 Euro für die Sanierung der Sporthalle in Neunkirchen



Aus dem Bundesförderprogramm zur „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS) fließen 746.199 Euro in meinen Wahlkreis Odenwald-Tauber. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen. Konkret erhält in diesem Jahr die Gemeinde Neunkirchen 746.199 Euro für die Sanierung ihrer Sporthalle.

Insgesamt gingen 3.684 Interessenbekundungen beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ein, das mit der Umsetzung des Bundesprogramms beauftragt ist. Mit einer beantragten Gesamtfördersumme von über 7,5 Milliarden Euro war der Projektaufruf 23-fach überzeichnet. In der ersten Tranche stehen 333 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung. Ziel ist es, damit auch weitere Investitionen vor Ort zu hebeln.

Bildquelle: Tobias Koch

Das neue Programm zur „Sanierung kommunaler Sportstätten“ setzt ein wesentliches Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um. Wir sorgen dafür, dass wichtige, sanierungsbedürftige Sportanlagen in Deutschland endlich modernisiert werden können. Mit der Sportmilliarde gibt der Bund ein klares Bekenntnis ab für seine Kommunen, für die Vereine und für den Breitensport in unserem Land. Nichts stärkt den Zusammenhalt und den Teamgeist mehr als der Sport.

Die Gemeinde Neunkirchen hat ihre Sporthalle, integriert in das Gebäude der örtlichen Grundschule, für das Förderprogramm angemeldet. Die Halle ist für den Schul- und Vereinssport unverzichtbar und dient darüber hinaus regelmäßig als Veranstaltungsort für kommunale und kulturelle Ereignisse. Die Förderung ist ein entscheidender Schritt, um die Sporthalle langfristig zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern eine moderne, energieeffiziente und vielseitig nutzbare Infrastruktur bereitzustellen.

Runder Tisch Pflege in Buchen



Bei einem Runden Tisch in den Räumen des ambulanten Pflegedienstes Hand in Hand in Buchen kam ich mit Expertinnen und Experten aus der Praxis sowie Vertretern von Kommunen, Interessensgruppen und Krankenkassen zusammen. Der direkte Austausch vor Ort schafft eine besondere Perspektive: Man spürt, wie engagiert die Menschen in diesem Bereich arbeiten und wie wichtig es ist, ihre Erfahrungen mitzunehmen.

Das Gespräch bot Raum für offene Worte, unterschiedliche Blickwinkel und viele Eindrücke, die ich mit nach Berlin nehme. Am Ende wurde einmal mehr deutlich, wie wertvoll der Dialog mit der Praxis ist – er zeigt, wo Strukturen funktionieren und wo Anpassungen notwendig werden.

Bildquelle: Büro Warken

60 Jahre Krankenhaus Tauberbischofsheim



Zum 60-jährigen Bestehen des Krankenhauses in meiner Heimatstadt Tauberbischofsheim nahm ich am Festakt teil. Im Jahr 1966 wurde das Krankenhaus am heutigen Standort eröffnet – als ein Ort, an dem Professionalität, Fürsorge und Menschlichkeit zusammenwirken. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, die Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesundheit der Menschen in der Region leisten.

Beim anschließenden Tag der offenen Tür nutzten zahlreiche Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, sich bei Vorträgen und Mitmachaktionen einen Eindruck von moderner Diagnostik und Therapie zu verschaffen. Die Vielfalt der Angebote zeigte eindrucksvoll, wie sich das Krankenhaus in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt hat.

Bildquelle: Christiane Jansen, Krankenhaus TBB



Bildquelle: Wessely Media

Herzlichen Glückwunsch an Marie-Sophie Lanig zum Einzug ins Europäische Parlament!



Bildquelle: Büro Warken

Öffentliche Anhörung zur Zukunft der NOK-Kliniken



Bildquelle: Foto Besserer

Beim 30-jährigen Jubiläum von Schreiner Architekten



Bildquelle: Xander Heintl

Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bildquelle: Büro Warken

Frühjahrsempfang der Frauen Union Karlsruhe-Stadt



Bildquelle: Anika Nowak

Präsidiumssitzung im PEARs Jüdischer Campus in Berlin

#SocialMedia



IMPRESSUM